

II- 3536 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des NationalratesXIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1790/J

1978 -04- 12

A N F R A G E

der Abgeordneten REGENSBURGER, Dr. Langer, Westreichel
und Genossen

an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie
betreffend Überlandstarkstromleitungen im Oberinntal

Trotz der starken Belastung des Bezirkes Landeck mit Überlandstarkstromleitungen soll eine weitere Leitung durch das Oberinntal gebaut werden. Aus diesem Anlaß haben die Bürgermeister und Vertreter der Ortsbauernkammern auf die starke Dauerbelastung mit vielen Nachteilen für den Bezirk Landeck hingewiesen. Sie forderten eine dauernde Entschädigung für diese Nachteile und faßten folgende Resolution, die sie Ende 1977 mit einem Schreiben dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie übermittelten: "Die ständige Vermehrung von Hochspannungsleitungen wird für die betroffenen Gebiete und Gemeinden zu einer untragbaren Belastung. Diese Entwicklung kann, bei allem Verständnis für das öffentliche Interesse einer ausreichenden Stromversorgung, nicht weiterhin widerspruchslos hingenommen werden. Die unterfertigten Vertreter sind nicht damit einverstanden, daß ihre Gebiete und Gemeinden, kostenlos auf ewige Zeiten, die Lasten der Leitungsanlagen für die Allgemeinheit zu tragen haben.

Das geltende Starkstromwegesgesetz nimmt zwar Bedacht auf die Beeinträchtigungen von Einzelpersonen, nicht jedoch auf die im Gefolge dieser Leitungserrichtungen für den gesamten Lebensraum betroffenen Benachteiligungen. Jedes Starkstromwegenetz beeinträchtigt ganz besonders die Landschaft und damit zusammenhängend die Lebensqualität der dort wohnenden Bevölkerung. Eine besondere Auswirkung zeigt sich damit auch für den Fremdenverkehr, denn nur in einer gepflegten und naturbelassenen Landschaft kann der Fremdenverkehr als Hauptträger unserer Wirtschaft bestehen und sich weiter entwickeln.

Die Erhaltung dieser Voraussetzungen ist besonders für unseren wirtschaftlichen unterentwickelten Bezirk bedeutungsvoll.

Darüber hinaus besteht eine bedeutende Beeinträchtigung des an sich äußerst begrenzten Siedlungsgebietes. Viele, wertvollste Baugründe sind bereits durch Strom-schienen blockiert. Die Land- und Forstwirtschaft erleidet durch die Leitungstrassen Ertragseinbußen auf Dauer und außerdem eine Klimaver-schlechterung, die sich auf die gesamte landwirtschaftliche Produktion nachteilig auswirkt.

In Wahrnehmung der Interessen für die künftige Entwicklung dieses wirtschaftlich äußerst benachteiligten Lebens- und Wirtschaftsraumes wird daher von den Verantwortlichen gefordert, daß neben den Einzelentschädigungen auch für die vorbeschriebenen Beeinträchtigungen eine Dauerentschädigung in Form von jährlichen Abgeltungen zu erfolgen hat. Diese Abgeltung ist an die geschädigten Körperschaften im Verhältnis der Inanspruchnahme zu leisten."

Die unterfertigten Abgeordneten richten nunmehr an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie folgende

A n f r a g e :

- 1.) Beruhen Informationen auf Richtigkeit, wonach eine neuerliche Hochspannungsleitung im Bezirk Landeck durch die Verbundgesellschaft gebaut werden soll ?
- 2.) Wenn ja, wann wird dies geschehen ?
- 3.) Werden Sie der Forderung der betroffenen Gemeinden und Ortskammervertreter auf Leistung einer entsprechenden Entschädigung nachkommen ?
- 4.) Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen sind hierfür vorgesehen ?
- 5.) Wenn nein, was ist die Ursache Ihrer ablehnenden Haltung ?